Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Ohne Gewähr, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 301. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck Dresden 2640 Montag, den 27. Dezember 1926

Keine Atempause.

In Neujahrsferien werden dieses Jahr namentlich die Leiter der deutschen Außenpolitik kaum gehen können; von einer politischen Atempause wird man diesmal nur wenig verspüren. Allzu drängend sind die Fragen, die Konflikte, die sich gerade in der letzten Zeit entsponnen haben. Nicht bloß der Streit um das Urteil in Landau wird unmittelbar nach Weihnachten das politisch-diplomatische Getriebe schnellstens wieder in Gang bringen, sondern es ist auch im Osten eine drohende Wolke am politischen Himmel emporgezogen, die in ihrem Schoße unerwartete Ereignisse bergen kann. Das neue Regime in Litauen, das sich vor allem wegen seines Gegensatzes gegen Polen zunächst sehr deutschfreundlich gebärdete, ist zu Deutschenausweisungen aus dem Memelland geschritten, denen noch weitere folgen sollen. Das alles verlangt gespannteste Aufmerksamkeit der Reichsleitung, verlangt vielleicht aber auch schnellstes Handeln.

Das betrübendste dabei ist es aber, daß es sich hier um Dinge handelt, durch die unsere Volksgenossen im Ausland getroffen werden; denn vorläufig ist ja die Pfalz wie das besetzte Gebiet überhaupt noch eine Art Ausland für uns, da ja Deutschland dort nur ein sehr gemindertes Hoheitsrecht besitzt, Fremdmächte dagegen fast selbstherrlich herrschen. Gerade aber in den Tagen der so eigentlich recht deutschen Feste bei Ende des Jahres sind unsere Gedanken hinausgewandert zu den Deutschen jenseits der Grenze. Im besetzten Gebiet, in Litauen, aber nicht minder auch in Südtirol und anderswo, überall dort, wo Deutsche wohnen jenseits unserer Grenzen, mag es ein trübes Weihnachten gewesen sein. Und wir dürfen uns vor der Erkenntnis nicht verschließen, daß der Ansturm fremden Volkstums auf das deutsche Vaterland nicht erfolglos geblieben ist, daß von dem Vorlande Stück um Stück durch die wild aufgepeitschten Wogen des fremden Nationalismus angefressen wird. Soll es wirklich deutsches Schicksal sein, nicht bloß wie früher jenseits der Ozeane fremden Völkern als Kulturdünger zu dienen, sondern nun auch allmählich in jenen Gebieten untergepflügt zu werden, die vor vielen Hunderten von Jahren das Deutschtum sich und der Kultur mit Blut und Schweiß erobert hat?

Daher gibt es eigentlich gar keine Festpause für jene, in deren Hand die Bewahrung unseres Reiches und Volkes gelegt worden ist. Erfreulich dabei ist nur, daß dabei wenigstens innenpolitische Streitereien nicht hemmend wirken können, weil ja die Auseinandersetzungen hierüber um längere Zeit vertagt sind, und es ist gut so. Mögen sich wegen jener außenpolitischen Streitpunkte jetzt die parteipolitischen und innenpolitischen Auseinandersetzungen nicht ganz zum Schweigen bringen lassen, so werden diese doch hoffentlich auf unser außenpolitisches Handeln ohne jede Wirkung bleiben. Gewiß ist es kein unberechtigter Verdacht, bei dem Konflikt mit Frankreich wegen des Landauer Spruches anzunehmen, daß der französischen Regierung die Festpause gar nicht so unbequem ist; für uns wird sie nur ein Atemholen sein, um dann mit stärkerer Wucht und größerer Energie den Widerstreit einer uns befriedigenden Lösung entgegenzuführen.

Wo alles haßt, da kann Polen allein nicht fern bleiben. Die Deutschenverfolgung in Ostoberschlesien überschlägt sich wieder einmal; man hat am Tage vor Weihnachten in Kattowitz acht Deutsche verhaftet, weil sie angeblich Agenten des deutschen Mitgliedes der „Gemischten Kommission", Dr. Lukaschek, gewesen seien. Wie unsinnig das ist, geht schon aus der einen Tatsache hervor, daß sich die angeblich vorgefundenen Schriftstücke nur auf Vorgänge des Jahres 1921 beziehen. Damals war Ostoberschlesien noch — deutsch. Freilich wird es der polnischen Regierung sehr unangenehm sein, daß es diesen Leuten gelungen war, die engen Beziehungen zwischen ihr und den Aufständischen, dazu die Teilnahme von polnischen Truppen an jenem Aufstand festgestellt zu haben.

Es ist überall das gleiche: die Quälereien, denen das Deutschtum jenseits unserer Grenzen unterliegt, werden fortgesetzt ohne jede Berücksichtigung der Gedanken des Minderheitenschutzes und des Bundes der Völker. Man kann noch nicht sagen, daß hierin eine Besserung eingetreten ist, und nur selten erfreut uns eine Kunde wie die, daß jene Gemischte Kommission unter dem Vorsitz Calonders die Übergriffe Polens in der Schulfrage abgewiesen hat, daß auch in Ostoberschlesien deutsche Eltern ihre Kinder deutschen Schulen zuführen und damit deutschem Volkstum erhalten können.

Ein Fest war uns beschieden, eine Atempause aber nicht gestattet; das ist deutsches Schicksal in der Gegenwart und es wird lange dauern, ehe wir einen Feiertag ohne Sorgen werden begehen können.

„Ramscharbeit" auf den Finanzämtern.

Überlastung der Steuerbeamten.

In der „Steuer-Warte" nimmt der Bund Deutscher Reichssteuerbeamten unter der Überschrift „Wer will noch weiter die Verantwortung tragen?" zu der Frage der dienstlichen Belastung der Finanzämter Stellung und bringt dabei eine große Anzahl von Zuschriften aus dem Reiche zum Abdruck, aus denen hervorgeht, daß in allen Dienstgebieten die Veranlagungen trotz erheblich verlängerter Arbeitszeit, zeitweise bis zu 12 und 13 Stunden, durchgepeitscht werden müßten. Die Beamten bezahlten teilweise Hilfskräfte aus eigener Tasche; Mitarbeit von Frauen und Kindern sei an der Tagesordnung; trotzdem sei die Arbeit nicht zu schaffen. Die Rückstände häuften sich in beängstigendem Maße, besonders seien auch die Finanzkassen nicht mehr in der Lage, die längst fälligen Beträge einzuziehen.

Durch diese „Ramscharbeit", wie sie mehrfach bezeichnet wird, gingen dem Reich ungeheure Beträge verloren. Der Bund Deutscher Reichssteuerbeamten fordert zur Abstellung dieser Mängel, daß die seinerzeit auf Verlangen des Sparausschusses gestrichenen 6000 Stellen wieder in den Etat des Reichsfinanzministeriums eingestellt werden, da sonst die Finanzämter völlig zusammenbrechen müßten.

Gnade vor Recht

Begnadigung der Landauer Verurteilten.

Aus der Haft entlassen.

Der Präsident der Französischen Republik, Doumergue, hat ein Dekret unterzeichnet, durch das sämtliche vom Kriegsgericht Landau verurteilten Deutschen begnadigt werden. Die nach dem Landauer Kriegsgerichtsurteil in Haft behaltenen Deutschen Kegel und Fechter sind noch am Heiligen Abend aus dem Gefängnis entlassen worden. Der Begnadigung gingen umfangreiche Verhandlungen in Paris voraus, bei denen sowohl der französische Oberkommandierende der Rheinarmee, General Guillaumat, wie auch Kriegsminister Painlevé dem französischen Ministerrat die Begnadigung empfahlen.

Der Antrag des Kriegsministers Painlevé auf Begnadigung sämtlicher vom Kriegsgericht in Landau verurteilten Deutschen ist wie folgt begründet: Im Interesse der Entspannung und der öffentlichen Ruhe hat der Kriegsminister im Einverständnis mit dem Justizminister und dem Minister für auswärtige Angelegenheiten auf Grund der von General Guillaumat gemachten Vorschläge sich dahin ausgesprochen, daß Begnadigungsmaßnahmen hinsichtlich der in Landau Verurteilten erfolgen können. Der Kriegsminister hat deshalb dem Präsidenten der Republik ein Dekret zur Unterzeichnung vorgelegt, durch das bedingungslos sämtlichen vom Kriegsgericht Landau Verurteilten Straferlaß bewilligt wird.

Die Pariser Presse bespricht die Begnadigung der durch das französische Kriegsgericht in Landau verurteilten Deutschen. Wenn man von dem Urteil einiger rechtsstehender Blätter absieht, kann man erkennen, daß der Gnadenakt gut aufgenommen wurde. — In der deutschen Öffentlichkeit wird, bei aller Würdigung des französischen Gnadenaktes, darauf hingewiesen, daß dem Recht damit noch nicht Genüge getan worden ist.

Die Verhandlungen mit der Botschafterkonferenz

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 26. Dezember. Die Verhandlungen, die Botschafter v. Hoesch und Geheimrat Forster in letzter Zeit mit der Botschafterkonferenz über gewisse Restpunkte des Entwaffnungsprogramms, nämlich Polizeifragen, vorübergehende Einstellungen in die Reichswehr und Sportverbände, geführt haben, haben zu folgendem Ergebnis geführt:

Die Polizeifrage ist durch einen Notenwechsel zwischen der Botschafterkonferenz und Botschafter v. Hoesch endgültig geregelt worden. Die deutschen Polizeikräfte sind darin auf insgesamt 140 000 Mann festgesetzt, davon 105 000 staatliche Polizei und 35 000 Kommunalpolizei. Dabei hat aber die Botschafterkonferenz ausdrücklich anerkannt, daß gewisse polizeiliche Hilfskräfte, die in der Note von Boulogne noch in die Zahl der eigentlichen Polizeikräfte eingerechnet worden waren, nicht als solche anzusehen sind und daher zu der Zahl von 140 000 hinzukommen. Dazu ist zu bemerken, daß die Note von Boulogne die Zahl dieser Hilfskräfte auf 15 000 bemessen hatte. Es ergibt sich also eine Vermehrung der zugelassenen eigentlichen Polizeikräfte um 5000. Auch die Frage der Anrechnung der Polizei der Hansastädte bei der Verteilung von staatlicher und Kommunalpolizei ist in einer den deutschen Belangen Rechnung tragenden Weise gelöst. Ferner ist hinsichtlich der Einstellungs- und der Verbandsfrage ebenfalls volle Einigung erzielt worden; der Austausch der im Entwurf bereits vorliegenden Noten wird voraussichtlich in der ersten Januarwoche stattfinden. In beiden Fragen hat sich die Botschafterkonferenz von den ihr von der deutschen Regierung mitgeteilten Maßnahmen, die sich im Rahmen des allgemeinen deutschen Rechtes halten, befriedigt erklärt. Insbesondere hat sie von der früher gestellten Forderung einer Auflösung von Verbänden Abstand genommen und das Vertrauen ausgesprochen, daß, wenn sich etwa in Zukunft die getroffenen Maßnahmen nicht als ausreichend erweisen sollten, die deutsche Regierung selbst das Nötige veranlassen wird.

Soziale Pflichten für das deutsche Volk.

Äußerungen des Reichskanzlers.

Der geschäftsführende Reichskanzler, Dr. Marx, bezeichnet in einem Weihnachtswunsch für das deutsche Volk als dringendstes Problem unserer Gegenwart und nächsten Zukunft die Frage der großen Arbeitslosigkeit. Hier alle öffentlichen und privaten Möglichkeiten einer Milderung auszuschöpfen, gebieten Staatsklugheit und soziales Verantwortungsgefühl. Darüber hinaus findet sich ferner gerade für die Betätigung der öffentlichen und privaten Volkswohlfahrtspflege im Sinne sozialer Pflicht und christlicher Nächstenliebe ein unabsehbares und fruchtbares Arbeitsfeld. Mutterschutz, Säuglingspflege, Schutz der Kranken und Schwachen, Erhaltung und Ertüchtigung der Gesunden — riesengroß und erdrückend stehen die Probleme vor uns! Sie der Lösung nahezubringen, ist nicht nur eine Frage geldlicher Mittel. Soziales Verständnis, tiefinnerstes sittliches Pflichtbewußtsein, nie verzagende Menschenliebe müssen sich die Hand reichen, das Werk zu vollbringen.

Der „New York Herald" bringt als Weihnachtsbotschaft Dr. Stresemanns Ausführungen des Reichsaußenministers, in denen er sich für eine Politik gegenseitiger Verständigung einsetzt. Briand erklärt in seiner Botschaft nach einem Hinweis auf das Zustandekommen der Locarnopolitik: Einen sehr glücklichen Umstand erblicke ich in der Tatsache, daß ich in Dr. Stresemann einen Staatsmann gefunden habe, der vollkommen die Lage verstand.

Eine neue polnische Note.

Die Reichstagserklärung und die Wahlen in Ostoberschlesien.

Die polnische Gesandtschaft in Berlin hat dem Auswärtigen Amt in der Frage der Erklärung der Regierungsparteien des Reichstages zu den Gemeindewahlen in Polnisch-Oberschlesien eine weitere Note zugehen lassen. In dieser Note stellt die polnische Regierung fest, daß sie den in der deutschen Note vom 3. Dezember zum Ausdruck gebrachten Standpunkt durchaus teilt, daß in bezug auf Oberschlesien die genaue Innehaltung des Genfer Abkommens für die deutsch-polnischen Beziehungen bestimmend sei. Die Erklärung der deutschen Regierungsparteien bedeute aber eine unzulässige Einmischung in die Angelegenheiten Polens. Die polnische Note verweist hierbei auf Artikel 72 des Genfer Abkommens, der die Zuständigkeit des Völkerbundes für die in dem Genfer Abkommen geregelten Fragen feststellt.

Eine Antwort auf diese polnische Note wird auf diplomatischem Wege erfolgen. Es sei jedoch schon hier bemerkt, daß von einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates oder einer Beeinträchtigung der Zuständigkeit des Völkerbundes keine Rede sein kann, wenn die deutsche Öffentlichkeit ihr Interesse an der Innehaltung eines Vertrages zum Ausdruck bringt, in dem Deutschland Vertragspartner ist.

Deutscher Protest gegen die Memel-Ausweisungen

Die Ausweisungsbefehle aus Litauen an eine Anzahl Reichsdeutscher des Memelgebietes sind amtlich bestätigt worden. Die Reichsregierung hat den deutschen Gesandten in Kowno angewiesen, sofort energischen Protest zu erheben und von der litauischen Regierung die Aufhebung der durch nichts gerechtfertigten Ausweisungsbefehle zu verlangen.

Die Weihnachtsfeier des Reichspräsidenten

Blumenangebinde für Hindenburg.

Reichspräsident von Hindenburg verlebte das Weihnachtsfest in Berlin im engsten Familienkreise. Am Heiligen Abend vereinten sich um den brennenden Lichterbaum der Präsident mit seinem Sohne und dessen Gemahlin und den beiden Enkelkindern, der fünfjährigen Gertrud und der um zwei Jahre jüngeren Helga. Gemeinsamer Gesang von Weihnachtsliedern leitete die Feier ein. Die Hindenburg entgegengebrachte Verehrung äußerte sich in mannigfach abgegebenen Blumenangebinden. Ein Newyorker Blatt weiß sogar zu melden, daß vor den Festtagen täglich im Palais des deutschen Reichspräsidenten als Weihnachtsgaben für Hindenburg Hühner, Enten, Gänse, Truthähne, Schinken und Würste in großen Mengen aus dem ganzen Reiche eintrafen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF